

Schweiz am Wochenende 17.10.2026

«Die Profiteure der Zuwanderung sollen zahlen»

Alfred Gantner und seine Kompass-Organisation wollen Firmen zur Kasse bitten, die EU-Arbeitskräfte holen, und das Geld an Schweizer Haushalte verteilen.

Doris Kleck und Patrik Müller

Die Öffentlichkeit verbindet Sie vor allem mit der Kompass-Initiative gegen die neuen EU-Verträge. Jetzt präsentieren Sie ein Konzept zur Steuerung der Zuwanderung.

Warum dieser Themenwechsel?

Alfred Gantner: Das ist kein Themenwechsel. Wir haben uns wiederholt mit Studien zu den bilateralen Verträgen eingebracht, etwa zur Produktanerkennung und zum Strommarkt. Die Personenfreizügigkeit gehört zu den zentralen Elementen der Bilateralen – für die Unternehmen ist sie aus meiner Sicht sogar das Wichtigste. Deshalb haben wir ein Konzept erarbeitet, das den Nutzen der Personenfreizügigkeit für die Unternehmen mit den Sorgen der Bevölkerung verbindet. Diese hat zu Recht den Eindruck, wenig davon zu haben.

Für Sie als Unternehmer ist die Personenfreizügigkeit der entscheidende Vorteil der Bilateralen – und nicht der Zugang zum EU-Markt?

Es gibt ein grosses Missverständnis: Die Bilateralen haben mit dem Marktzugang an sich nichts zu tun. Die Schweiz hat diesen über das Freihandelsabkommen und die Welthandelsorganisation WTO. Auch Amerikaner und Chinesen haben Zugang zum EU-Markt, ohne solche bilateralen Verträge. Ihre Exporte in die EU wachsen sogar stärker als unsere.

Aber mit den Bilateralen ist der Marktzugang unkomplizierter.

Ja, die Transaktionskosten sind tiefer, der administrative Aufwand für die Firmen kleiner. Aber die Behauptung, ohne die Bilateralen hätten wir keinen Marktzugang, ist falsch. Vernachlässigt werden die substantiellen Kosten für die Wirtschaft durch die dynamische Rechts- und Bürokratieübernahme des EU-Anbindeungsvertrags. Diese übersteigen die Kostenvorteile der bestehenden Verträge bei weitem. Allein die neue EU-Regelung zur Arbeitslosenentschädigung für Grenzgänger würde uns mit bis zu einer Milliarde Franken deutlich mehr kosten als die Ersparnisse aus der Produktanerkennung.

Inwiefern profitiert Ihr Unternehmen von der Personenfreizügigkeit?

Sie ist sehr bequem für uns und überhaupt für die Wirtschaft. Wir können jederzeit Leute aus der EU einstellen, ohne uns anzustrengen, in der Schweiz zu suchen.

In der politischen Diskussion gilt die Personenfreizügigkeit als die Kröte, die wir für die übrigen Bilateralen schlucken müssen. Sie kehren das um: Die Personenfreizügigkeit ist super, die übrigen Bilateralen verzichtbar.

Was ist denn der Nutzen der bilateralen Verträge? Schauen Sie sich die offiziellen Daten des Bundes an. Ohne Bilateralen hätte die Schweiz angeblich 0,2 Prozent weniger Wirtschaftswachstum pro Jahr. Pro Kopf sind es lediglich 0,1

Prozent. Diesen Zugewinn von rund 900 Millionen geben wir durch die erwähnte Verordnung bereits wieder ab. Der EU-Anbindevertrag ist letztlich ein Negativgeschäft für die Schweiz: mit fraglichem finanziellem Nutzen für die Wirtschaft und definitiv ein Verlustgeschäft für die breite Bevölkerung.

Die Gewinne steigen, aber die Löhne stagnieren: Sie tönen wie ein Gewerkschafter.

Das Lohnwachstum ist bedenklich tief in der Schweiz. Es sind nicht meine Zahlen, sondern jene des Bundes: 0,01 bis 0,05 Prozent Lohnwachstum sollen die Bilateralen pro Jahr bringen. Für die breite Bevölkerung sind das ungefähr 8 bis 40 Franken mehr Lohn – pro Jahr! Und wie stark steigen Krankenkassenprämien und Mieten, gerade wegen der Personenfreizügigkeit? Dazu kommen die Kosten der Infrastrukturüberlastung. Wegen dieser ungleichen Entwicklung wächst der Widerstand gegen die Personenfreizügigkeit. Tut die Politik nichts, wird eines Tages eine Initiative wie die 10-Millionen-Schweiz-Initiative angenommen – und das wäre für unseren Wohlstand schlecht.

Aber wir haben doch die flankierenden Massnahmen mit dem Lohnschutz.

Dank dem Lohnschutz, den wir unterstützen, sinken die Gehälter durch günstigere Arbeitskräfte aus dem Ausland nicht. Aber wir haben kaum noch Lohnerhöhungen, weil sich Unternehmen im Ausland mit Arbeitskräften eindecken können, während das Leben für die hiesige Bevölkerung teuer wird. Darum unser Modell: Unternehmen können weiterhin ohne administrativen Aufwand Arbeitskräfte aus dem Ausland holen. Wir brauchen sie! Aber welche Kosten verursacht jemand, der neu in die Schweiz kommt? Dafür sollen die Arbeitgeber, bei denen die zusätzliche Wertschöpfung anfällt, einen Beitrag leisten.

Lässt sich das wirklich beziffern?

Die Universität Freiburg hat diese Kosten auf 20'000 bis 25'000 Franken pro Arbeitskraft aus dem Ausland beziffert.

Engagierter Unternehmer

Alfred «Fredy» Gantner (Jahrgang 1968) wuchs in Neuenhof AG auf. Nach einer Banklehre studierte er in den USA und arbeitete bei Goldman Sachs. 1996 gründete er mit Urs Wettli und Marcel Erni die Partners Group in Zug, die zu einem der weltweit führenden Private-Equity-Unternehmen aufstieg. Gantner ist verheiratet, hat fünf Kinder und lebt im Kanton Luzern. Politisch engagiert er sich mit der Allianz Kompass/Europa gegen die neuen EU-Verträge. Im November 2025 gehörte er zu sechs Schweizer Wirtschaftsvertretern, die US-Präsident Donald Trump im Weissen Haus besuchten und so zu einer Senkung der Zollsätze beitrugen. (saw)



«Unser Modell schafft einen klaren finanziellen Anreiz, im Inland zu suchen», sagt Alfred Gantner. Bild: Annick Ramp/NZZ

fert. Das entspricht ziemlich genau unserem Vorschlag: Bei einem Medianlohn von ungefähr 81'000 Franken und einem Arbeitgeberbeitrag von fünf Prozent kommen wir über fünf Jahre auf rund 20'000 Franken.

Würden die Unternehmen dann eher im Inland suchen?

Vor allem würden sie – die Profiteure der Zuwanderung – einen Beitrag an die Füllkosten leisten, die für die breite Bevölkerung entstehen. Und ja: Das hat auch eine steuernde Wirkung. Wir stellen bei der Partners Group oft junge Studienabgänger ein. Heute ist es für uns egal, ob wir jemanden in Bologna, Frankfurt oder Paris für unser Zuger Büro rekrutieren. Wenn uns über fünf Jahre zusätzliche Kosten entstehen, überlegen wir eher: Könnten wir diese Person nicht in Bern, Freiburg, Luzern oder St. Gallen finden? Wir hätten einen echten Inländervorrat. Wir möchten das Modell über die Zeit auch auf andere Weltregionen ausdehnen, über die EU hinaus.

Die Partners Group kann sich die Einwanderungsabgabe leisten. Aber Gastgewerbe und Gesundheitswesen brauchen ausländische Arbeitskräfte und zahlen tiefere Löhne.

Darum ist die Abgabe abgestuft. Bis zu 50'000 Franken Lohn wäre nur ein Prozent fällig, rund 500 Franken pro Jahr, bei 60'000 sind es 1000 Franken. Ein portugiesischer Hotelmitarbeiter lohnt sich weiterhin. Bei Investmentbankern mit hohen Boni fällt die Abga-

be entsprechend höher aus. Denkbar wäre allenfalls, Pflege und Gesundheit wegen des Fachkräftemangels auszuhebeln oder gar mit den Mitteln zu fördern.

Sie sind also ein besorgter Unternehmer. Sie wollen verhindern, dass wir Zustände wie in Frankreich bekommen, extreme Parteien an die Macht kommen oder Volks-

Die steile Karriere des Eintrittstickets

Die Organisation Kompass Europa präsentiert ein eigenes Modell für eine Zuwanderungsabgabe. Sie soll von den Arbeitgebern bezahlt und tiefere Löhne sollen prozentual weniger stark belastet werden als hohe Löhne. Die Abgabe zur Steuerung der Zuwanderung wird in der Schweiz seit mehr als zehn Jahren diskutiert. Ihr geistiger Vater ist der Freiburger Wirtschaftsprüfer Reiner Eichenberger. Er propagierte das «Eintrittsticket» in die Schweiz bereits 2014, als die Politik um Lösungen für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative der SVP rang. Auch die Bundesverwaltung prüfte damals diese Option – verworf sie aber. Das Bundesparlament führte schliesslich einen Inländervorrang light ein; eine Stellenmeldepflicht in Berufsgruppen mit hoher Arbeitslosigkeit.

Heute ist die Zuwanderungsabgabe aktueller denn je. Und politisch breiter abgestützt denn je. Im Rah-

men der Bilateralen III hat der Bundesrat mit der EU eine sogenannte Schutzklausel ausgehandelt. Er kann bei schwerwiegenden Problemen Massnahmen zur Einschränkung der Zuwanderung aus der EU beschliessen. Als mögliche Massnahme hat der Ständerat im September explizit eine Zuwanderungsabgabe festgeschrieben: Arbeitgeber müssten für Gastrosuisse-Präsident Beat Imhof. Er warnte in dieser Zeitung vor den Folgen: höhere Preise und kürzere Öffnungszeiten. Offen ist, ob auch der Nationalrat dem «Eintrittsticket» zustimmen wird. (dk)



scheide die Wirtschaft – sprich die Personenfreizügigkeit – gefährden? Ich bin auch Staatsbürger und Grossvater. Ein System, das nicht mehr ausbalanciert ist, stürzt irgendwann um.

Die gleiche Problematik haben wir bei der Vermögenskonzentration. Ein Wirtschaftssystem, das zu einer unglaublichen Vermögenskonzentration bei wenigen führt, wird irgendwann in sich zusammenstürzen. Es ist im Interesse der Wirtschaft und der Vermögenden, dass breite Teile der Bevölkerung nicht auf der Strecke bleiben.

Das Geld aus dem Zuwanderungstopf – gemäss Ihrer Kalkulation rund 1,35 Milliarden Franken pro Jahr – soll an die Bevölkerung zurückschliessen. Sie rechnen für die einkommensschwachen Menschen mit 990 Franken pro Person oder 4000 Franken für eine vierköpfige Familie. Wie soll das funktionieren? Rund 15 Prozent der Bevölkerung leben unter den definierten Armutsgrenzen. Ihnen könnte man das Geld direkt auszahlen, weil sie kaum Steuern bezahlen und eine Steuergutschrift wenig bringt. Denkbar wäre auch, 50 Prozent der Einnahmen an die Haushalte und 50 Prozent in die Infrastruktur zu geben. Ich bevorzuge die direkte Auszahlung. Meine Sorge ist, dass das Geld sonst im Staatshaushalt versickert.

Sie wollen die Einkommensschwächsten entlasten. Aber auch Mittelstandsfamilien leiden unter hohen Mieten und steigenden Krankenkassenprämien. Man könnte das Geld auch breiter verteilen. Dann wären es nicht 990 Franken pro Person, sondern beispielsweise 400 Franken. Für eine vierköpfige Familie sind auch 1600 Franken ein gewichtiger Betrag.

Ihre Zuwanderungssteuer würde die EU kaum akzeptieren. Nehmen Sie die Kündigung der Bilateralen in Kauf? Wir dürfen uns wegen eines minimalen Nutzens für die Wirtschaft nicht an Strukturen klammern, die langfristig für die Bevölkerung mehrheitlich negative Folgen haben. Die heutige Personenfreizügigkeit wird langfristig von der Bevölkerung nicht akzeptiert werden.

Aber könnten Schweizer Unternehmen ohne Freizügigkeitsabkommen mit der EU genügend Arbeitskräfte rekrutieren?

Das ist das grösste Missverständnis in dieser Diskussion. Kein Mensch kommt wegen der Personenfreizügigkeit in die Schweiz. Er oder sie kommt, weil sie hier einen Job findet, mehr verdient und die Lebensqualität hoch ist. Wenn wir keine Personenfreizügigkeit haben, baut die EU doch keine Mauer um die Schweiz.

Aber ohne Freizügigkeitsabkommen wird die Rekrutierung administrativ aufwendiger: Ihr Modell verursacht Transaktionskosten.

Die Unternehmen rekrutieren wie vorher. Sie müssen niemanden fragen und keine Kontingente beantragen. Aber vom Lohn geben sie einen klar definierten Betrag für eine begrenzte Zeit in den Ausgleichstopf. Das ist minimaler administrativer Aufwand. Was spannend ist: Wir reden immer von Fachkräftemangel. Was müsste mit den Löhnen passieren, wenn tatsächlich ein Fachkräftemangel herrschte?

Sie müssten steigen. Genau. Aber das tun sie kaum. Weil wir die Arbeitskräfte aus dem Ausland holen. Das ist ganz simpel. Der Lohnschutz funktioniert, aber das Lohnwachstum bleibt auf der Strecke. Es ist mir schleierhaft, warum die Gewerkschaften da mitmachen.

Die Bevölkerung sorgt sich aber nicht nur um die Löhne, sondern sie will weniger Zuwanderung. Geht sie in Ihrem Modell überhaupt zurück? Ich komme nicht aus der SVP-Ecke, die möglichst wenig Zuwanderung will. Wir wollen, dass die Zuwanderung ihre fairen Kosten trägt und dass Arbeitgeber zuerst im Inland suchen.

Aber wenn die Zuwanderung gleich hoch bleibt, steigen die Löhne nicht automatisch.

Wenn Sie eine Fachkraft aus dem Ausland holen und dafür drei, vier oder fünf Prozent mehr bezahlen müssen,

überlegen Sie sich, ob Sie nicht jemanden in der Schweiz rekrutieren und diesem vielleicht ein oder zwei Prozent mehr Lohn bezahlen.

Ist Ihr Modell eine Rückfallebene, falls die bilateralen Verträge scheitern? Oder soll es die Personenfreizügigkeit und damit letztlich die Bilateralen ablösen?

Wir propagieren nicht, die Bilateralen I und II zu kündigen. Die EU profitiert selbst davon und hat kein Interesse an einer Kündigung. Wir können sagen: Wir behalten das Prinzip der Personenfreizügigkeit, EU-Bürger können weiterhin ungehindert in die Schweiz kommen. Aber unsere Arbeitgeber müssen einen Ausgleich leisten. Droht die EU deshalb mit der Kündigung der Bilateralen, können wir antworten: Dann macht es halt, ihr habt mit eurem Exportüberschuss in die Schweiz mehr zu verlieren. Wir lassen uns nicht erpressen und durch dynamische Rechtsübernahme entmündigen.

Der Ständerat hat bereits eine Zuwanderungsabgabe von mindestens 4000 Franken beschlossen. Reicht Ihnen das nicht?

Diese 4000 Franken jährlich würden erst erhoben, wenn diverse problematische Schwellenwerte überschritten wurden. Diese Massnahme käme viel zu spät. Und vor allem müsste der Betrag doch nicht fix, sondern lohnabhängig sein, sonst werden eben die Landwirtschaft und Hotellerie mit tieferen Löhnen benachteiligt.

Aber diese Lösung ist mit dem Freizügigkeitsabkommen der EU kompatibel. Ihre nicht.

Wir haben keine zukunftsorientierte Politik mehr, weil alles darauf ausgerichtet ist, mit der EU kompatibel zu sein. Uns fehlt eine überzeugende Energie-, Immigrations- und Handelspolitik. Diese EU-Abhängigkeit habe ich eins zu eins in den Zollverhandlungen mit den USA erlebt. Es geht nur noch darum, Streit mit der EU abzuwenden.

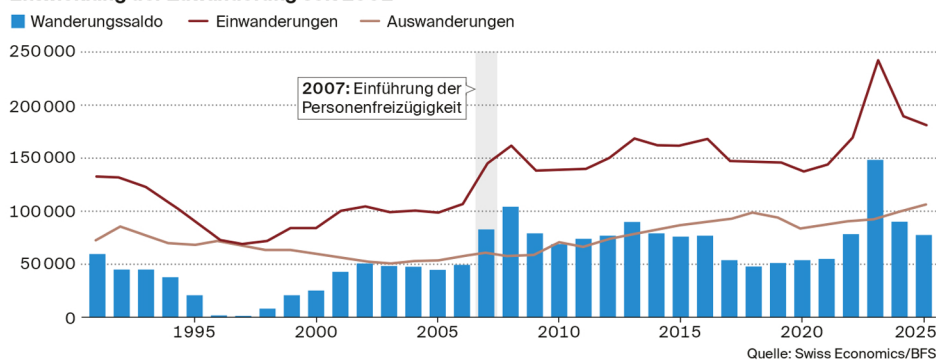
Planen Sie für Ihr Modell eine Volksinitiative oder hoffen Sie aufs Parlament?

Vorerst ist es ein konstruktiver Impuls, ein Gedankenanstoss für die politische Debatte. Wir sind nach der Verzögerung unserer Ständemehr-Initiative durch Bundesrat Jans desillusioniert, was Initiativen betrifft.

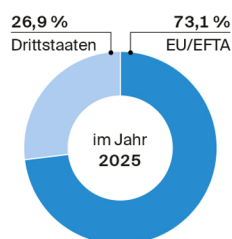
Sie sind ein politischer Akteur geworden, vor allem aber Mitinhaber der Partners Group. Deren Aktienkurs ist stark gesunken. Wie gehen Sie damit um?

Der Partners Group und mir geht es gut. 2025 war unser Rekordjahr und auch dieses Jahr läuft es sehr solide. Die Partners Group ist seit zwanzig Jahren an der Börse und wir kennen das emotionale Rauf und Runter der Märkte. Der Aktienkurs betrug beim Börsengang 63 Franken und stieg dann auf ein historisches Hoch von deutlich über 1000 Franken. Gab ich da ein politisches Interview, interessierte das niemanden. Jetzt ist der Aktienpreis bei 600 Franken, was immer noch fast das Zehnfache des IPO-Preises ist. Und plötzlich ist das ein Thema. Kein Problem – aber in diesem Interview möchte ich mich nun auf unseren politischen Vorschlag konzentrieren, denn da geht es um eine sehr langfristige Entwicklung für unsere gemeinsame Schweiz.

Entwicklung der Zuwanderung seit 1991



Herkunft der Zuwanderer



So teuer würde die Anstellung aus dem Ausland sein

Die Fünfjahreswerte sind hochgerechnet bei gleichbleibendem Lohn, in Franken

Bruttojahreslohn	Abgabe pro Jahr	Abgabe über 5 Jahre
50 000	500	2 500
75 000	3 000	15 000
100 000	6 000	30 000
150 000	13 500	67 500
200 000	22 000	110 000
300 000	45 000	225 000

Quelle: Modellrechnung Kompass Europa/Grafiken: jga